

„Bloß keine Leichensäcke!“

Eine Hantologie postheroischer Kriegführung

Ulrich Bröckling

Krieg und Nekropolitik

In der seit Mitte der 1990er-Jahre zunächst in den USA, dann auch in anderen westlichen Staaten geführten Diskussion über postheroische Kriegführung spielt der Topos der *casualty shyness* beziehungsweise, weitgehend synonym verwendet, der *casualty aversion*, *casualty reluctance* oder *casualty sensitivity* eine Schlüsselrolle. Ins Deutsche wird er meist unscharf als Opfersensibilität übersetzt. Die öffentliche Zustimmung zu militärischen Aktionen hänge davon ab, so das damit verbundene Argument, dass die eigenen Truppen möglichst keine Verluste erleiden. Postheroische Gesellschaften seien nicht willens und in der Lage, massenhaft Opferbereitschaft zu mobilisieren und hohe Gefallenenzahlen in Kauf zu nehmen. Deshalb führten sie asymmetrische Kriege mit hochtechnisierten Waffensystemen, machten sich allerdings auch verwundbar für Gegner, die unterlegene Rüstung durch heroische Todesverachtung kompensieren. Luftangriffe aus sicherer Distanz mit Drohnen auf der einen, terroristische Anschläge von Selbstmordattentätern auf der anderen Seite verhielten sich komplementär zueinander und verstärkten sich gegenseitig.

Als Ursache der westlichen *casualty shyness* werden neben einer generellen Aversion gegen kriegerische Zumutungen im Zuge des kollektiven Wertewandels und der damit einhergehenden „Entmilitarisierung von Habitusformen und der gesellschaftlichen Marginalisierung des Militärs“¹ nicht zuletzt demografische Faktoren angeführt: Solange Kinder und Jugendliche das Gros der Bevölkerung ausmachten, habe man den Kriegstod eines oder mehrerer Söhne leichter hingenommen. Zeitgenössische Gesellschaften dagegen, in denen die Alten in der Mehrheit sind und die meisten Kinder ohne oder mit nur einem Geschwister aufwachsen, seien dazu nicht bereit. Die Verlustängste der Eltern seien im gleichen Maße gestiegen, wie die durchschnittliche Kinderzahl abgenommen habe. Auch der Nachwuchs selbst zeige sich wenig gewillt, sein Leben fürs Vaterland, die Freiheit, die Durchsetzung der Menschenrechte oder für welche Ziele auch immer aufs Spiel zu setzen. Und da demokratisch gewählte Regierungen nicht längerfristig gegen den Willen ihrer Bürgerinnen und Bürger regieren könnten – sie würden sonst abgewählt –, beschneide die *casualty shyness* in fundamentaler Weise ihre Kriegführungsfähigkeit.

¹ Volker Heins / Jens Warburg: Kampf der Zivilisten. Militär und Gesellschaft im Wandel, Bielefeld 2004, hier S. 124.

Die Zurückhaltung westlicher Staaten gegenüber Kampfeinsätzen mit hohem Risiko für die eigenen Soldaten verleihe wiederum autoritären Regimen, bewaffneten Milizen oder Terrornetzwerken eine enorme Macht, die deren personale und materiale Ressourcen weit übersteige. Vermehrte Rüstungsanstrengungen könnten die westliche Mobilisierungs- und Legitimierungsschwäche bestenfalls partiell ausgleichen. Die unheroischen, weil durch das Primat der Verlustvermeidung bestimmten Militäraktionen trieben vielmehr den heroischen Gemeinschaften terroristischer Gruppen fortwährend neue Mitglieder zu. Deren Stärke liege in ihrer zu unbedingtem *Opferwillen* radikalisierten *Opferbereitschaft*. Wer den Tod suche, der sei zu allem fähig. Postheroische Gesellschaften könnten deshalb trotz ihrer erdrückenden rüstungstechnischen Überlegenheit diesen Feind weder endgültig vernichten noch zur bedingungslosen Kapitulation zwingen, weil gerade ihre Anstrengungen, dies zu tun, der terroristischen Hydra neue Köpfe nachwachsen lasse. Ihnen bleibe deshalb nichts anderes übrig, als ihre Sicherheitsapparate auszubauen, sich um präventive Schadensabwehr zu kümmern und im Übrigen zu lernen, mit den Bedrohungen zu leben. Gelassenheit sei die heroische Tugend postheroischer Gesellschaften.

So etwa lautet die Kurzfassung der zuerst vom US-amerikanischen Militärtheoretiker Edward N. Luttwak aufgebrachten, in Deutschland insbesondere durch Herfried Münkler weiter ausgearbeiteten Diagnose vom Zeitalter postheroischer Kriegführung.² Diese Diagnose ist erstens perspektivisch, d. h. sie bezieht sich ausschließlich auf die westlichen Industriegesellschaften des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Nur diesen soll es an heroischen Einstellungen mangeln, während politische Regime in anderen Weltregionen durchaus noch erfolgreich an kriegerische Tugenden zu appellieren vermögen. Zweitens handelt es sich um eine Krisendiagnose. Sie kreist um die Frage, wie Staaten ihre Kriegsführungsfähigkeit angesichts opferunwilliger Bevölkerungen aufrechterhalten oder wiedergewinnen können. Die Krisenursachen werden dabei, wie Kritikerinnen monieren, ausschließlich auf Seiten der Gesellschaft verortet, die für militärische Erfordernisse taub geworden sei: „Zugespitzt formuliert müsste bzw. sollte demnach die Gesellschaft ihr zivilgesellschaftliches Selbstverständnis korrigieren, um sich auf die realen, d. h. gewaltvollen Gegebenheiten der heutigen Zeit einstellen zu können.“³ Weil die Möglichkeiten einer solchen Remilitarisierung aber als unrealistisch ein-

² Edward N. Luttwak: *Toward Post-Heroic Warfare*, in: *Foreign Affairs* 74.3, 1994, S. 109–122; ders.: *A Post-Heroic Military Policy*, in: *Foreign Affairs* 75.4, 1996, S. 33–44; Herfried Münkler: *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist 2006; ders.: *Heroische und postheroische Gesellschaften*, in: *Merkur* 61.8/9, 2007, S. 747–752; ders.: *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*, Berlin 2015, insbesondere S. 143–253.

³ Nina Leonhard: *Militär und Krieg in der postheroischen Gesellschaft. Implikationen einer Krisendiagnose zivil-militärischer Beziehungen*, in: dies. / Jürgen Franke (Hg.): *Militär und Gewalt. Sozialwissenschaftliche und ethische Perspektiven*, Berlin 2015, S. 137–161, hier S. 149.

geschätzt würden, laufe die Diagnose darauf hinaus, dem Militär „einen Status *sui generis* zuzuschreiben und eine gesellschaftliche Sonderstellung für Soldatinnen und Soldaten zu reklamieren“.⁴ An die Stelle des republikanischen Leitbilds vom Staatsbürger in Uniform trete die Vorstellung vom Militär als heroischer Gemeinschaft in einer postheroischen Gesellschaft. Professionelle Krieger erledigten stellvertretend jene *dirty jobs*, vor denen die Übrigen zurückschrecken. Postheroische Gesellschaften seien folglich keineswegs pazifistische Gesellschaften, sie entledigten sich heroischer Zumutungen vielmehr, indem sie diese an professionelle Gewaltakteure, entweder staatlich angestellte Berufssoldaten oder Söldner privater Sicherheitsfirmen, delegierten und obendrein in weit entfernte Weltregionen auslagerten. Die Diagnose postheroischer Kriegführung stellt drittens den Aspekt des Opfers – im Sinne von *sacrifice*, nicht von *victim* – zentral und konstatiert in dieser Hinsicht gravierende Motivationsdefizite. „Zum Helden kann nur werden“, schreibt Münkler, „wer bereit ist, Opfer zu bringen, eingeschlossen das größte, das des Lebens. [...] Nicht das Blut, das an seinen Waffen klebt, macht den Krieger zum Helden, sondern seine Bereitschaft zum Selbstopfer, durch das andere gerettet werden.“⁵ Ein solcher Altruismus könne heute allerdings nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt und schon gar nicht erzwungen werden. Die große Mehrzahl sei nicht länger gewillt, die eigene Auslöschung als Dienstrisiko in Kauf zu nehmen – ein Grund für die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht in den meisten westlichen Staaten.

Bei genauerem Hinsehen erweist sich der heldenhafte Tod fürs Vaterland freilich auch in der Vergangenheit als eine nachträgliche Idealisierung. Welcher Soldat verfügte schon über jene Wahlmöglichkeit, die das Wort *Opferbereitschaft* suggeriert? Zwangsrekrutierung, militärischer Drill und das Prinzip von Befehl und Gehorsam sorgten dafür, dass die Frage, ob er sein Leben aufs Spiel setzen wolle, der eigenen Entscheidung entzogen blieb. Zwar gab es immer auch Kriegsfreiwillige, aber selbst diese trieben eher Abenteuerlust und Überdruß am öden Alltag, Hoffnung auf Sold und Beute oder das Streben nach Ruhm zu den Waffen als die Aussicht auf ein Heldengrab. Weitaus größer war ohnehin das Heer der „Kriegsunfreiwilligen“, die zwar „durchaus Soldat sein, aber nicht unbedingt kämpfen“⁶ wollten und ihren Dienst nur widerstrebend versahen. Geholfen hat ihnen das wenig. Der Tod auf dem Schlachtfeld traf und trifft auch jene, die alles daransetzen, ihm zu entgehen. Zumal in der Ära der Massenvernichtungsmittel gilt: Wozu ein Soldat bereit ist, was er will oder tut, hat wenig Einfluss darauf, was er erleidet.

Geändert hat sich in Zeiten postheroischer Kriegführung also weniger die tatsächliche Bereitschaft zum Selbstopfer als die Möglichkeit, den Soldatentod als

⁴ Ebd., S. 151.

⁵ Münkler: *Gesellschaften* (Anm. 2), S. 742.

⁶ Michael Geyer: *Eine Kriegsgeschichte, die vom Tode spricht*, in: Thomas Lindenberger / Alf Lüdke (Hg.): *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt am Main 1995, S. 136–161, hier S. 146.

ein solches zu verklären. *Casualty shyness* bezeichnet die Affektlage zeitgenössischer westlicher Gesellschaften, denen die Vorstellung des heroischen Opfers gleichermaßen fremd wie befremdlich geworden ist und die tote Soldaten nur noch als Skandalon wahrnehmen können. Ihre Mitglieder mögen zwar begeistert die Heldenmythen der Populärkultur konsumieren, aber sterben sollen die Heroen bitteschön nur auf der Leinwand.

Für postheroische Kriegführung stellt dies eine zweifache Herausforderung dar: Einerseits müssen die Verantwortlichen alles tun, um bei Militärmissionen eigene Verluste zu vermeiden. Weil das trotz massiver technologischer Aufrüstung nicht immer gelingt, müssen militärische und politische Führung andererseits dafür Sorge tragen, dass die Getöteten, genauer: die affektiven Auswirkungen ihrer medialen Präsenz, nicht die öffentliche Unterstützung des Kriegs, zumindest aber seine kritiklose Hinnahme unterminieren. Jeder Gefallene erscheint als potenzieller Störenfried, dessen subversive Macht durch Trauerrituale sowie ausgefeilte Strategien des Sichtbarmachens und Unsichtbarhaltens kontrolliert werden muss. Mehr als gewöhnliche Verstorbene unterliegen tote Soldaten deshalb umfassenden nekropolitischen⁷ Reglementierungen. Minutiöse Anweisungen legen fest, wie mit ihren sterblichen Überresten zu verfahren ist, ob und gegebenenfalls welche Bilder veröffentlicht werden dürfen und in welcher Form der Gefallenen gedacht werden soll.

Der Umgang mit dem toten Soldatenkörper folgt dabei einer politischen Theologie, die staatliche Souveränität mittels einer sinnlich-übersinnlichen Verdopplung in Szene setzt: Ähnlich den von Ernst Kantorowicz untersuchten mittelalterlichen Königen⁸ haben Soldaten zwei Körper, einen natürlichen sterblichen und einen übernatürlichen politischen. Solange der König oder der Soldat leben, fallen beide Körper zusammen, erst im Moment des Todes treten sie auseinander. Während der physische Körper stirbt, lebt der politische Körper fort, indem er in symbolischen Inkarnationen rituell zur Schau gestellt wird. Während die zwei Körper des Königs die dynastische Kontinuität zu gewährleisten hatten – *le roi est mort, vive le roi* –, sollen die vielfältigen Praktiken des militärischen Totenkults, welche die doppelte Seinsweise des gefallenen Soldaten inszenieren, die staatliche Kriegführungsfähigkeit sicherstellen. Ihr gewaltsamer Tod dient als Unterpfand, „um die politische Handlungseinheit zu rechtfertigen“.⁹ Genau das bedeutet Nekropolitik: Die souveräne Macht bestimmt nicht nur, wer leben darf und wer sterben muss, sondern greift auch auf die Toten über. Perpetuiert wird damit nicht zuletzt die Unterscheidung zwischen Freund und Feind; sie kehrt wieder als Differenz zwischen den Be-

⁷ Vgl. Achille Mbembe: Nekropolitik, in: Andreas Folkers / Thomas Lemke: Biopolitik. Ein Reader, Berlin 2014, S. 228–273.

⁸ Ernst Kantorowicz: Die zwei Körper des Königs. Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters, Stuttgart 1992 [1957].

⁹ Reinhart Koselleck: Einleitung, in: ders. / Michael Jeismann: Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne, München 1994, S. 9–20, hier S. 12.

trauerbaren und denjenigen, denen diese Form der Anerkennung verwehrt bleibt.¹⁰ Die Gefallenen der eigenen Seite werden namentlich geehrt, die getöteten Gegner bleiben in der Regel anonym – oder werden gleich ganz aus dem öffentlichen Gedächtnis getilgt. „Die Feindschaft soll über den eigenen Tod hinausreichen, um nicht der Identität der eigenen Sache verlustig zu gehen“, schreibt Reinhart Koselleck zur Praxis der getrennten Bestattung Kriegsgefallener. „Die Gleichheit im Tode wird zurückgenommen zugunsten einer Gleichheit, die die nationale Homogenität wahr: Es ist die Homogenität der Lebenden und der Überlebenden, und zwar in ihrer jeweiligen politischen Gruppierung.“¹¹

Sämtliche nekropolitische Maßnahmen von der Überführung der Leichen in die Heimat bis zur Errichtung von Denkmälern zielen darauf ab, die gespenstische Macht der Toten über die Lebenden zu bannen. Wann und wo die Gefallenen erscheinen, welche Affekte ihr Erscheinen, aber auch ihre Abwesenheit auslösen, was sie zu sagen haben und worüber sie schweigen sollen, ob sie ihre letzte Ruhe finden oder immer wieder heraufbeschworen werden und, noch vor all dem, wer überhaupt der Erinnerung für würdig gehalten und wer dem Vergessen anheimgegeben wird – nichts soll dem Zufall überlassen bleiben. Fragen wie diese provozierten auch schon früher Streit – Sophokles' *Antigone* gibt Zeugnis von antiker Nekropolitik – aber unter den Bedingungen massenmedialisierter Öffentlichkeiten haben sich die Technologien postumer Kontrolle ausgeweitet und verfeinert. Nicht allein der Tod des Herrschers, auch jener der gemeinen Soldaten ist zum Politikum geworden.

Die Semantiken von Beschwörung, Erscheinung und Bann verweisen darauf, dass die Gefallenen keineswegs nur als kultische Bezugspunkte einer politischen Theologie fungieren, sondern ebenso als Medien im spiritistischen Sinn: Als schmerzlich vermisste Erinnerungsgestalten, die beweint, als verehrte Autoritäten, die angerufen werden, oder als ruhelose Wiedergänger, welche die Lebenden heimsuchen, gewinnen die Toten Präsenz und pochen darauf, dass die Vergangenheit nicht vergangen ist und sie die Zukunft präfiguriert. Immer wenn über die Gefallenen gesprochen wird und erst recht wenn jemand in ihrem Namen spricht, jedes Mal wenn ihre sterblichen Überreste, ihre Hinterlassenschaften oder bildlichen und schriftlichen Zeugnisse in Praktiken involviert werden, nehmen sie in der sozialen Sphäre Gestalt an.¹²

Jacques Derrida hat vorgeschlagen, sich der gespenstischen Gegenwart der Verstorbenen auf dem Wege einer ‚Hantologie‘ zu nähern. Das kaum ins Deutsche

¹⁰ Vgl. Judith Butler: *Gewalt, Trauer, Politik*, in: dies.: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*, Frankfurt am Main 2005, S. 36–68.

¹¹ Reinhardt Koselleck: *Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden*, in: Odo Marquard / Karlheinz Stierle (Hg.): *Identität (Poetik und Hermeneutik 8)*, München 1979, S. 255–276, hier S. 268.

¹² Vgl. Christophe Wasinski: „Post-Heroic Warfare“ and Ghosts – The Social Control of Dead American Soldiers in Iraq, in: *International Political Sociology* 2.2, 2008, S. 113–127, hier S. 114.

übersetzbare Wort amalgamiert Ontologie und *hanter*, spuken, und zielt auf den verstörend uneindeutigen, aber gerade dadurch umfassenderen und machtvolleren Wirklichkeitsstatus der Wiedergänger.¹³ Menschliche Gemeinschaften setzen sich demnach nicht nur aus lebenden Personen zusammen, sondern auch aus den Verstorbenen, und diese bescheiden sich keineswegs mit einer Rolle als passive Objekte von Memorialkulturen, sondern nehmen vermittelt durch ihre materiellen, visuellen und sprachlichen Spuren aktiv am sozialen Geschehen teil. Das gilt in besonderer Weise für die getöteten Soldaten: Verstaut in flaggendra-pierten Särgen, erfasst in offiziellen Gefallenenlisten, vergegenwärtigt in Fotografien und Videos, in Briefen und E-Mails oder den Erinnerungen von Angehörigen sind die Abwesenden anwesend und fähig, Kriege eskalieren zu lassen oder den Abbruch der Kämpfe zu erzwingen. Ihre Botschaften klingen mal wie ein Ruf nach Rache, mal wie das Flehen nach einem Ende der Gewalt.

Die Gespenster des Krieges lassen sich durch nekropolitische Interventionen zwar nicht zum Schweigen bringen, aber manchmal doch beschwichtigen, indem man ihnen Ehre erweist und ihr Sterben heroisch verklärt. In der Hoffnung, dass sie dann Ruhe geben, erhalten gefallene Soldaten in nahezu allen politischen Regimen Heldenstatus. Hantologisch gesehen ist Heroisierung Abwehrzauber. Die Befehlshaber fürchten die Untoten als potenzielle Wehrkraftzersetzer und versuchen sie mit militärischem Zeremoniell versöhnlich zu stimmen, wenn nicht gar als virtuelle Kämpfer an der Heimatfront in postumen Dienst zu nehmen. Zur moralischen Aufrüstung taugen die Heldenkulte indes nur bedingt, weil jede Anrufung der Gefallenen die Angst schürt, es könnten nicht die letzten Opfer gewesen sein. Vor allem aber erinnern sie an die ungesühnte Schuld, welche das politische Kollektiv mit ihrem gewaltsamen Tod auf sich geladen hat. In den Gespenstern zeigt sich der Leviathan als menschenverschlingendes Ungeheuer. Feierliche Ansprachen, Ehrenwachen und Salutschüsse können nicht ungeschehen machen, dass der Souverän die Soldaten zum bloßen Mittel für seine Zwecke gemacht und ihnen gegenüber jenes Schutzversprechen gebrochen hat, dem er seine Legitimation verdankt. Hinter den Geistern der Gefallenen lauern zudem noch die Schatten der von ihnen Getöteten. Dass die ums Leben gekommenen Soldaten nicht als reine Opfer, sondern ebenso als Täter in das Gewaltgeschehen eingebunden waren, erzeugt zusätzlichen Rechtfertigungsbedarf. Auch sie sind schuldig geworden. Ihre Heroisierung ist nicht zuletzt ein Reinigungsritual.

Besonders eindrücklich und deshalb bedrohlich erscheinen die Geister der Toten, wenn sie sich visueller Medien bedienen, um sich den Lebenden zu zeigen, und das dank Fernsehen und Internet an unzähligen Orten zugleich. Wenn jede Nachrichtensendung zur potenziellen Séance wird, bleibt kein Wohnzimmer von den Heimsuchungen verschont. Gleich ob man davon ausgeht, dass Fotos und Videos der Getöteten allein aufgrund ihrer Visualität ausgeprägtere Präsenzeffek-

¹³ Jacques Derrida: *Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale*, Frankfurt am Main 2004, S. 25.

te zeitigen als Texte und Tondokumente, oder die Macht der Bilder vor allem ihrer schiereren Menge und viralen Verbreitung zugeschrieben wird, die Kontrolle der Bilderproduktion und -zirkulation kann kriegsentscheidend sein. Nekropolitik wird deshalb Bilderpolitik. Exemplarisch zeigen das die Anstrengungen der US-Administration seit den späten 1970er-Jahren, die Bildberichterstattung über militärische Verluste in Regie zu nehmen. Die Geschichte postheroischer Kriegsführung beginnt hier. Sie handelt nicht nur von Distanzwaffen und asymmetrischen Konflikten, sondern auch vom Vietnam-Syndrom, vom *body bag effect* und dem *Dover ban*.

Was im Folgenden am Beispiel der Regelungen zur Rückführung gefallener Soldaten in den USA ausgeführt wird, ließe sich in ähnlicher Weise auch für andere Länder und anhand anderer Formen staatlich orchestrierten Totengedenkens zeigen.¹⁴ Jedes Kriegerdenkmal ist ein nekropolitisches Monument, an jedem *Remembrance Day* werden die Geister der Gefallenen von neuem angerufen. Zwar variieren mit Tradition und gesellschaftlicher Stellung des Militärs in den westlichen Demokratien auch die nationalen Kulturen des Trauerns, aber so unterschiedlich die Gedenkpraktiken im Einzelnen ausfallen, sie kreisen um dieselben Fragen: Wie den gewaltsamen Tod derjenigen Bürger und Bürgerinnen rechtfertigen, die selbst als Gewaltakteure in staatlichem Auftrag handelten? Wie sie zugleich als politische *sacrifices* heroisieren und als ihren Familien entrissene *victims* betrauern? Wie die Toten begraben, ohne ihre Gespenster zu wecken? Weil die USA nach 1945 von allen westlichen Staaten die größten Truppenkontingente in Auslandseinsätze schickten und auch die meisten Gefallenen zu beklagen hatten, stellten sich hier die hantologischen Herausforderungen früher und dringlicher, und sie haben bis heute nicht an Brisanz verloren.

Die Rückkehr der Gefallenen

„Die im Krieg gefallenen amerikanischen Soldaten und Zivilisten sind erstaunlich lebendig“, konstatierte 2013 der Historiker Michael Geyer, sie „haben in den Vereinigten Staaten vor allem in jüngster Zeit ein wundersames Nachleben“.¹⁵ Zu einem ernsthaften Problem wurde dieser Eigensinn der Toten erstmals im Zuge des Vietnamkriegs. Schon bald nach dessen Ende setzte sich unter den Konservativen in den USA die Auffassung durch, die Supermacht habe trotz erdrückender militärischer Überlegenheit den Gegner nicht bezwingen können, weil sich im eigenen

¹⁴ Vgl. Manfred Hettling / Jörg Echternkamp (Hg.): *Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung*, München 2013.

¹⁵ Michael Geyer: *Amerikanisches Totengedenken. Privatisierung des Leides und Universalisierung der Toten*, in: Manfred Hettling / Jörg Echternkamp (Hg.): *Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung*, München 2013, S. 487–509, hier S. 487–488.

Land eine Anti-Kriegsstimmung breitgemacht und es der Regierung an politischer Entschlossenheit gefehlt habe. Die Anhänger dieses US-amerikanischen Pendantes zur deutschen Dolchstoßlegende nach dem Ersten Weltkrieg machten für das militärische Desaster neben der nordvietnamesischen Propaganda und dem pazifistischen Zeitgeist vor allem die unzensierten Fernsehbilder verantwortlich, die Vietnam zum ersten *living room war* werden ließen.¹⁶ Die liberalen Medien hätten Tag für Tag den Kriegshorror an die abendlichen Familientische geliefert und mit ihren *Blood-and-gore*-Meldungen die Moral in der Heimat geschwächt. Dass, wie Medienanalysen gezeigt haben, die Berichterstattung tatsächlich der im Kriegsverlauf zunehmend kritischeren öffentlichen Meinung in den USA gefolgt war und nicht umgekehrt,¹⁷ tat der Wirksamkeit des Defätismus-Vorwurfs keinen Abbruch.

Zum Inbegriff des nach der psychiatrischen Diagnose für traumatisierte Kriegsheimkehrer Vietnam-Syndrom genannten kollektiven Haltungsschadens avancierte der *body bag effect*. Obwohl kaum Fotos von getöteten Soldaten in Leichensäcken ausgestrahlt worden waren – gefallene G.I.s auf den Kampfschauplätzen wurden zwar in Leichensäcken geborgen, für den Rücktransport in die USA allerdings in Särgen umgebettet –, verdichteten sich im *imaginaire* des *coming home in body bags* emblematisch alle Zweifel am Sinn des Krieges und der Opfer, die er forderte. Unmittelbar und mit emotionaler Wucht beschwor das Motiv die Vorstellung eines toten Bruders, Sohnes oder Vaters herauf.¹⁸

Auch bei späteren US-amerikanischen Auslandseinsätzen stand der *body bag effect* für die Überzeugung, dass die öffentliche Unterstützung nicht unbedingt dann wegbrach, wenn die Zahl der Gefallenen anstieg, sondern sobald Särgen auf den Bildschirmen auftauchten – oder auch nur von *body bags* gesprochen wurde. Eine Konsequenz waren semantische Säuberungen: 1991 ersetzte das Pentagon in seinen Verlautbarungen das Wort *body bag* durch das weniger belastete *human remains pouch*, 2003 untersagte das US-Militär schließlich offiziell die Bezeichnung *body bag*.¹⁹ Noch wichtiger erschien den politisch und militärisch Verantwortlichen jedoch die Zensur der Bilder. Weil sie die gefürchtete *casualty shyness* als hoch ansteckende, vor allem foto-induzierte Affektstörung auffassten, setzten sie auf Prävention durch visuelle Quarantäne-Maßnahmen.

Zu Beginn des ersten Golfkriegs verhängte das US-Verteidigungsministerium den sogenannten *Dover ban*, benannt nach einer Luftwaffenbasis im Bundesstaat Delaware, auf der die Einheit für Bestattungsangelegenheiten stationiert ist und

¹⁶ Und auch zum vorerst letzten. Schon ab dem Falklandkrieg gab es ‚embedded journalists‘, und unzensiertes Filmmaterial verschwand von den Bildschirmen. Vgl. Susan Sontag: *Das Leiden anderer betrachten*, München 2003.

¹⁷ „It was not until the collapse of consensus was well under way that television’s coverage began to turn around; and when it did turn around, it only turned so far.“ Dan Hallin: *The „Uncensored War“? The Media and Vietnam*, Berkeley 1989, S. 163.

¹⁸ William O. Saase / Rachel Hall: *Restive Peace. Body Bags, Casket Flags and the Pathologization of Dissent*, in: *Rhetoric and Public Affairs* 19.2, 2016, S. 177–208, hier S. 187.

¹⁹ Ebd., S. 193.

die Transportflugzeuge mit den Überresten der Gefallenen landen. Die Anweisung untersagte den Medien, Aufnahmen von der Rückführung toter Soldaten auf die Dover Air Base zu machen und zu verbreiten. Der Bann verhinderte die Anwendung des sogenannten *Dover tests*, mit dem der Senator John Glenn einen simplen Postheroismus-Index entwickelt hatte. Seine Frage, „[w]ill public opinion and will support in the Congress still be there when the bodybags or the coffins start coming back through Dover, Delaware?“²⁰ war schlechterdings nicht zu beantworten, wenn die Heimkehr der Toten durch ein Bilderverbot zu einem Nichtereignis gemacht wurde.

Zur Vorgeschichte des *Dover ban* gehört ein grotesker Fernsehauftritt, der Präsident George H. W. Bush unvermittelt mit den Geistern der Gefallenen konfrontierte: Am Ende einer Pressekonferenz während der Militärintervention in Panama im Dezember 1989 hatte ein gut gelaunter Bush mit den Journalisten herumgealbert und vorgeführt, wie er wegen Nackenschmerzen nur gekrümmt laufen konnte, als die live übertragenden Fernsehsender auf *split screen* umschalteten und Aufnahmen von in Dover eintreffenden Särgen einblendeten. Verärgert darüber hatte der Präsident von den Sendern verlangt, künftig das Weiße Haus vorab über solche Einblendungen zu informieren, was diese jedoch verständlicherweise zurückgewiesen hatten.²¹

Pressevertreter und Veteranenorganisationen scheiterten damit, den *Dover ban* wegen Einschränkung der Pressefreiheit gerichtlich anzufechten, während der Präsidentschaft Clintons wurde er jedoch nur lax gehandhabt. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erneuerte die Bush-Administration den Bann und erweiterte ihn mit Beginn des Irak-Kriegs auch auf andere Ankunftsorte von Gefallenentransporten. Im April 2004 tauchten dann Fotos flaggendrapierter Säрге in den US-Medien auf, die eine Mitarbeiterin eines zivilen Luftfahrtunternehmens in einem Transportflugzeug aufgenommen hatte, das gefallene G.I.s aus Afghanistan und dem Irak in die USA überführte. Die Mitarbeiterin und auch ihr bei derselben Firma tätiger Ehemann wurden mit Verweis auf den *Dover ban* umgehend entlassen.²² Wenige Tage später veröffentlichte jedoch das Pentagon rund 350 Fotos von der Rückkehr gefallener Militärangehöriger, nachdem ein Anwalt dies unter Berufung auf den *Freedom of Information Act* eingeklagt hatte.²³ Die aufgeklappten Flugzeugrumpfe, aus denen die Säрге entladen wurden, erinnerten an alte Abbildungen des Leviathan als gestrandeter Walfisch: Das Staats-

²⁰ Zit. nach Grant Penrod: Letting Loose the Images of War: The Battle for Public Access to Government-held Photographs of War, in: *The News Media and the Law* 28.3, 2004, S. 7–9, hier S. 7.

²¹ Saase / Hall: Restive Peace (Anm. 18), S. 188–189; Kayce Mobley: Hiding Death. Contextualizing the Dover Ban, in: *Journal of Military Ethics* 15.2, 2016, S. 122–142, hier S. 123–124.

²² Saase / Hall: Restive Peace (Anm. 18), S. 194; Bradford Kelley: Pictures of the Fallen and the Dover Ban. An Analysis of Banning the Media from Photographing Coffins, in: *Kansas Journal of Law & Public Policy* 26, 2016, S. 116–142, hier S. 123.

²³ https://nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB152/casket_exhibit.html, 2. Juni 2018.



Abb. 1: Rückkehr eines gefallenen Militärangehörigen nach der Landung in Dover.

monster hatte die Menschen verschlungen und spuckte ihre Überreste nun wieder aus (vgl. Abb. 1). Auf vielen Fotos wurden die Mitglieder der ebenfalls abgelichteten Ehrengarde geschwärzt, was den Eindruck verstärkte, dass es sich um eine Szene handelte, die nur widerwillig und in bearbeiteter Form öffentlich gezeigt werden sollte. Auf einem der Bilder scheint ein von dicken schwarzen Blöcken umrahmter Sarg wie von Geisterhand getragen aus der Transportmaschine zu schweben (vgl. Abb. 2).

Die Debatten über das Bilderverbot hielten auch in den folgenden Jahren an, bis Verteidigungsminister Robert M. Gates am 26. Februar 2009 den Bann aufhob – „seeking a way to better balance an individual’s family’s privacy concerns with the right of the American people to honor these fallen heroes“.²⁴ Seither ist eine Bildberichterstattung über die Rückkehr der Toten möglich, sofern die Familien dem zustimmen. Diese werden eingeladen, auf Staatskosten nach Dover zu kommen und an der Zeremonie teilzunehmen. Die Obama-Administration entschärfte den Konflikt zwischen dem Anspruch auf Informationsfreiheit und der Sorge vor dem *body bag effect*, indem sie die Rolle der Angehörigen stärkte. Statt Bilder aus Dover von den Bildschirmen zu verbannen, lautete die Botschaft nun:

²⁴ Zit. nach Saase / Hall: *Restive Peace* (Anm. 18), S. 196.



Abb. 2: Schwärzung der Ehrengarde, die den Gefallenen begleitet.

„You are welcome to view what happens here but as you will soon realize, there is nothing much to see unless your relationship to the deceased is personal.“²⁵

Was als Bruch mit der Zensurpraxis der Vorgänger-Regierungen inszeniert wurde, steht allerdings in Kontinuität zur nekropolitischen Wende der Nach-Vietnam-Ära: Der staatliche Totenkult und die damit verbundene politische Instrumentalisierung der Gefallenen werden zurückgedrängt zugunsten einer Privatisierung der Trauer in Gestalt eines würdevollen Transfers ihrer Überreste an die Familien. Die Differenz zwischen Bush Senior und Junior auf der einen und Obama auf der anderen Seite besteht darin, dass letzterer es für klüger hielt, die Öffentlichkeit diskret an diesem Akt teilhaben zu lassen. Auch wenn die getöteten Soldaten im öffentlichen Diskurs selbstverständlich weiterhin als „our heroes“ firmieren, sind die Zeremonien ihrer Rückkehr genauso postheroisch, wie es die ebenfalls von Obama forcierte Ausweitung des Drohnenkriegs ist: Statt die Toten als Kriegshelden zu glorifizieren, entlässt sie das Militär aus seiner Befehlsgewalt und gibt sie in einem rituellen Akt denen zurück, die ihnen nahestanden. Statt Podeste zu errichten, um besser zu patriotischen Vorbildern aufschauen zu können, schafft man einen Rahmen für persönliche Abschiede. Das politische Kalkül dieser Entpolitisierungsstrategie liegt auf der Hand: Mit gefährlichen Heimsuchungen ist sowohl zu rechnen, wenn man die Gefallenen ostentativ heroisiert, wie auch, wenn man sie dem öffentlichen Blick zu entziehen sucht. Souverän ist

²⁵ Ebd., S. 200.

dagegen, wer die Gespenster in Schach zu halten vermag. Staatlich verordnete Sinnstiftung ist dazu ebenso kontraproduktiv wie visuelle Prävention. Dass die Geister der Toten Ruhe geben, ist eher zu hoffen, wenn man sie in Ruhe lässt und ihre Familien um sie trauern können. Postheroische Nekropolitik führt so die gegenstrebigsten Aspekte des Opfers zusammen: Sie verzichtet nicht auf Indienstnahme des Todes als *sacrifice*, respektiert aber den Wunsch, die Getöteten sichtbar als *victims* zu beklagen.

Abbildungsnachweise

Abb. 1: The Return of the Fallen – A National Security Archive Special Exhibit (2005), https://nsarchive2.gwu.edu//NSAEPP/NSAEPP152/casket_exhibit.html, 00174.jpg, 21. November 2018.

Abb. 2: The Return of the Fallen – A National Security Archive Special Exhibit (2005), https://nsarchive2.gwu.edu//NSAEPP/NSAEPP152/casket_exhibit.html, 00028.jpg, 21. November 2018.